

Seit die Kampfhandlungen in alter Schärfe wieder aufgeflammt sind und die Verhandlungen in Havanna auf der Stelle treten, melden sich viele Politiker mit Vorschlägen, wie weiter zu verfahren sei.

Der frühere Präsident Álvaro Uribe schlug vor, während der Verhandlungen die FARC räumlich zu konzentrieren, auch wenn diese die Waffen vorerst nicht niederlegt. Uribe zeigt damit eine gegenüber seinen früheren Positionen deutlich veränderte Haltung. Er war früher gegen Verhandlungen ohne vorherigen Waffenstillstand der Guerrilla.

SEMANA berichtet am 20.6.2015:

Der Dialog: Der Vorschlag von Uribe

Die Idee einer Konzentration der FARC, ohne dass diese ihre Waffen niederlegt, ist nicht praktikabel, aber sie ist weder improvisiert noch leichtfertig.

Ex-Präsident Uribe sah man bislang als den Hautopponenten gegen die Gespräche in Havanna und die härteste Stimme gegen die FARC an. Daher erregte es Aufmerksamkeit, dass er vergangene Woche einen Vorschlag für die Verhandlungen mit der Guerrillagruppe an die Öffentlichkeit trug, der großzügige Konzessionen beinhaltet für den Fall, dass der Krieg beendet würde. Just im kritischsten Moment des Prozesses, in dem die militanten Aktionen der FARC die öffentliche Meinung befremdet haben bis zu dem Punkt, die Fortsetzung der Verhandlungen in Frage zu stellen, fragen sich viele, was der heutige Senator mit diesem Vorstoß bezweckt.

Und die Meinungen dazu sind geteilt. Einige sehen die Initiative als Versuch an, die Verhandlungen zu torpedieren, indem unrealistische Bedingungen gestellt werden sollen, die letzten Endes zum Ende des Dialogs führen können. Andere glauben aber im Gegenteil, dass angesichts des schlecht laufenden Prozesses eine Wendung nötig ist und Uribe einige Ideen unterbreitet, wie man den Prozess neu gestalten könnte. Es fehlen auch jene nicht, die darin einen politischen Schachzug sehen, wo doch gerade der Wahlkampf für die Wahlen im Oktober heiß wird und der bezwecken soll, dass Uribes Partei Centro Democrático das Image des Friedensfeindes loswird, das ihr auch schon bei den Präsidentschaftswahlen 2014 schadete.

Über die Wahlkalkulationen hinaus ist Uribes Vorschlag wohlüberlegt. Man kann ihn als undurchführbar oder gar inopportun in Frage stellen, jedoch nicht als improvisiert oder ohne Gewicht. Tatsächlich ist er nicht völlig neu. Er nimmt Vorstellungen wieder auf, die Uribe monatelang vorbrachte und die kohärent sind mit seinen früheren Festlegungen, auch denen aus seinem Programm der „Demokratischen Sicherheit“ während seiner Präsidentschaft, als er die Aufnahme von Kontakten zu FARC und ELN vorschlug. Eine erste Version davon hatte er in der Osterwoche präsentiert, aber die jetzige erfuhr mehr Aufmerksamkeit, weil sie vollständiger ist und weil sie zu einem Zeitpunkt vorgebracht wurde, in dem sich die Dialoge in Havanna in einer Krise befinden.

Uribes Projekt geht aus von einer Diagnose der Frustration, die im politischen Raum vorherrscht. Und es ist im Grunde ein Infragestellen der Idee, mitten in der Konfrontation zu verhandeln. Laut Senator Alfredo Rangel, dem wichtigsten Berater Uribes, ist das „der Schlüssel für das Scheitern“. Wie er sagt, hat es in den erfolgreichen Friedensprozessen in Kolumbien- mit den Guerrillabewegungen M19, EPL und PRT- eine Versammlung der früheren Guerrilleros vor der Unterzeichnung der Friedensvereinbarungen gegeben. Dagegen habe bei den gescheiterten Versuchen in Caracas, Tlaxcala und Caguán weiter Krieg geherrscht, während man miteinander sprach. „Was jetzt passiert, war vorhersehbar. Das Vertrauen der Öffentlichkeit schwindet“, sagt Rangel.

Der Kern des Vorschlags besteht darin, alle Mitglieder der FARC in einigen Zonen zu konzentrieren, und zwar „in Zonen mit begrenzter Ausdehnung und nicht in Grenzgebieten und auch nicht in Zonen von wirtschaftlicher Bedeutung, jedoch mit dünner Besiedlung“, so drückt Uribe es aus. Dort stünden dann alle Kämpfer der Guerrilla mit all ihren Waffen, mit ausreichenden Finanzmitteln, um ihr Überleben zu sichern, aber ohne die Möglichkeit, die Zone zu verlassen. Die Streitkräfte sollten sie nicht angreifen, sich aber die Möglichkeit offenhalten, in allen anderen Teilen des Landes zu operieren, und es sollte ein Mechanismus der internationalen Verifikation geschaffen werden. Mit Letzterem zieht Uribe eine Karte, die er schon in seiner Amtszeit als Gouverneur des Departements Antioquia erfolglos gezogen hatte: Den Einsatz von Blauhelmen der UN.

Der Vorschlag enthält noch eine weitere Konzession an die FARC: Die Zeit, die sie konzentriert in diesen Zonen verbringen, soll später auf Strafen angerechnet werden, die im Rahmen der Übergangsjustiz verhängt werden.

Der Ex-Präsident meint, seine Formel könne dazu dienen, das Vertrauen der Öffentlichkeit in den Friedensprozess wieder herzustellen, denn ein einseitiger Gewaltverzicht der FARC unter den genannten Bedingungen würde zeigen, dass ihr Friedenswille real sei und dass sie zu dem Schluss gekommen sei, dass „die Verhandlungen unumkehrbar sind“, wie Rangel es ausdrückt.

Die Regierung nahm Uribes Vorschlag mit Vorsicht auf und lehnt ihn nicht rundweg ab. „Wir studieren genau die Überlegungen des Centro Democrático zu den Gesprächen in Havanna, vor allem hinsichtlich eines Waffenstillstandes“, erklärte gegenüber SEMANA Chefunterhändler Humberto de la Calle. Aber er äußerte auch seine grundlegende Ablehnung: „Wir akzeptieren nicht die Abqualifizierung von Verhandlungen während des andauernden Konflikts, denn dieses Vorgehen hält sich an Abwägungen hinsichtlich des Schutzes der Institutionen und dem Vorrang des Rechtsstaates“. An das Prinzip, mitten im Krieg zu verhandeln, hielt sich Präsident Santos von Anfang des Prozesses an aus einer pragmatischen Haltung heraus und um zu vermeiden, dass der Bruch einer Waffenruhe den Verhandlungsprozess beeinflussen könnte, wie dies in früheren Prozessen der Fall gewesen war.

Bezüglich weiterer Aspekte von Uribes Vorschlag versichert De la Calle: „Wir finden durchaus gewisse Punkte über die Funktionsweise eines zukünftigen definitiven Waffenstillstandes, die nützlich sind. Und wie schon gesagt, studiert die Technische Unterkommission verschiedene Möglichkeiten unter Mitwirkung von hochrangigen Militärs“, und man untersuche eine Formel zur Konzentration der Kämpfer im Zusammenhang mit einer beiderseitigen Feuereinstellung. Man muss nur sehen, dass dies in eine Etappe nach der Unterzeichnung eines Abkommens über alle Punkte der Agenda gehört.

Und genau da liegt die Hauptschwierigkeit der Uribe-Formel. Nämlich im Zeitablauf. Wie die vorgeschlagenen Aktionen einzupassen sind in einen Verhandlungsprozess, der bereits läuft. Und dieser läuft ab auf der Grundlage einer Übereinkunft über eine Agenda, die man in der Vorbereitungsphase getroffen hat und die für beide Seiten eine unverrückbare Bibel ist.

Es ist eine Sache, die FARC in Zonen zu konzentrieren, ohne dass die Bedingungen ihrer zukünftigen Strafprozesse und ihrer Beteiligung am politischen Leben feststehen und eine ganz andere Sache, was sie tun werden, nachdem sie sich auf einige Regeln zu ihrem Dasein in der Legalität eingelassen haben werden. Die erste Alternative, nämlich die Uribes, wäre für sie eine Kapitulation. Sie sehen das als einen Vorschlag, der nur zu einer unterlegenen Kraft passt. Und was in Kuba verhandelt wird, ist nicht die Kapitulation der Guerrilla, sondern es ist eine Verhandlung zwischen zwei Parteien. Was die Uribisten vorschlagen, zielt genau darauf ab, dass es ihnen nicht mehr möglich ist, zu den gleichen Bedingungen wie der Staat zu handeln.

Eine Konzentration der FARC wirft noch weitere Schwierigkeiten auf. Die entmilitarisierte Zone in Caguán (von der Regierung Pastrana der FARC bis Anfang 2002 zugestandenes Gebiet, fast so groß

wie die Schweiz, A.d.Ü.), wo sie die Verhandlungen mit der Regierung Pastrana führte oder das Gebiet von Ralito, wo die Paramilitärs sich unter der Regierung Uribe versammelten, galten als fragwürdig, weil sie als Schutzgebiete für Kriminelle angesehen wurden, deren rechtliche Situation nicht definiert war. Die Uribisten versichern, ihr Vorschlag sei ein völlig anderer, weil sich in Caguán und Ralito lediglich die jeweiligen Chefs und Verhandler aufhielten und nicht ihre Truppen. Aber die andere Seite, die der Regierung, erinnert daran, dass der jetzige Prozess gerade deshalb außerhalb des nationalen Territoriums vonstatten gehe, weil die Regierung Probleme mit dem Abzug des Militärs etwas vermeiden wollte: Nämlich den Widerspruch zwischen Geltung der Gesetze und dem Agieren der Streitkräfte einerseits und andererseits dem Schutz der Verhandlungsdelegation der FARC. Deshalb wurden die Gespräche nach Kuba verlegt.

Ein weiterer Aspekt in der Diskussion ist, ob Uribes Vorschlag zur Beschleunigung der Verhandlungen beitragen könnte. Alle Welt sagt, die Geduld der Öffentlichkeit gehe zu Ende, und die Verlängerung über einen unbestimmten Zeitraum beeinträchtigt das Vertrauen in den Prozess. Senator Iván Cepeda vom Polo Democrático (Linksliberale Partei, A.d.Ü.), der dem Parlamentsausschuss für den Frieden vorsitzt, ist der Meinung, die Konzentration der FARC unter bestimmten Bedingungen wirke „verzögernd auf den Prozess. Dieser Punkt wird bereits in der Technischen Unterkommission in Havanna diskutiert, und er könnte in das Schlussabkommen einfließen. Ihn aber zur Vorbedingung zu machen, ist gefährlich und dürfte die Sache weiter verzögern“.

Was die Beschleunigung der Gespräche angeht und die Notwendigkeit, Fristen festzulegen, hat die Alianza Verde (Grüne Partei, A.d.Ü.) am Wochenende eine andere Formel präsentiert: Dass bei den Wahlen am 25. Oktober zusätzlich über folgenden Text abgestimmt werden soll: „Ich stimme dafür, dass die Verhandlungen zwischen Regierung und FARC vor dem 9. April 2016 abgeschlossen werden.“ Die Idee ist, dem Friedensprozess eine Unterstützung der Bevölkerung zu geben und eine Frist zu setzen. Laut Senator Antonio Navarro (früherer Guerrillero der M19, A.d.Ü.) ist diese Formel passender als die Uribes, „denn zusätzlich zu ihrer Beschleunigung müssen die Gespräche vereinfacht werden, anstatt sie noch komplexer zu machen“.

Es ist kein Zufall, dass sowohl Polo Democrático als auch die Grünen jetzt Vorschläge zum Friedensprozess machen. Der Moment ist kritisch. Das Ende der einseitigen Waffenruhe der FARC, die Verseuchung mit Erdöl aus gesprengten Pipelines, die Sprengung von Strommasten und die Tötung von Soldaten und Polizisten haben die Unterstützung der Bürger für den Friedensprozess zurückgehen lassen. Es verwundert nicht, dass Vorschläge gemacht werden, diese Unterstützung wiederzubeleben.

Die Frage ist, ob all diese Projekte in die selbe Richtung gehen und ob sie konstruktiv sind. Bis heute war die Polarisierung zwischen den Gruppierungen von Präsident Santos und von Uribe eines der größten Hindernisse für den Fortschritt der Verhandlungen. Das geht so weit, dass man sagt, es sei leichter, in Havanna zu einem Abkommen zu gelangen als zu einem politischen Frieden in Kolumbien, der seine Umsetzung ermöglicht. Und in Krisenzeiten wie der jetzigen muss man befürchten, dass diese Polarisierung sich verschärft.

Das Paradoxe an Uribes Plan ist, dass er Verhandlungen nicht rundweg ablehnt. Das Centro Democrático macht Vorschläge, die nicht durchführbar sein mögen, aber sie implizieren keine Gegnerschaft zu Friedensverhandlungen. In einigen Momenten könnte es scheinen, die Diskussion gehe nicht über das Ziel der Verhandlungen, sondern über den Weg dorthin. Ist es z.B. substantiell, ob die Konzentration heute oder erst nach Beendigung der Verhandlungen stattfinden soll? Sind die Konzessionen von Santos großzügiger als die von Uribe vorgeschlagenen? Existiert eine Polarisierung zwischen Krieg und Frieden wie zwischen Schwarz und Weiß?

Auf diese Fragen gibt es keine einfachen Antworten. Der Friedensvorschlag von Álvaro Uribe, dem Hauptopponenten gegen die Gespräche, wird von seinen Anhängern als große Unterstützung des Prozesses gesehen und von seinen Gegnern als Torpedo dagegen. Die Wahrheit könnte in der Mitte liegen: Der Vorschlag enthält Elemente zur Auslotung von Möglichkeiten zur Annäherung. Die Anhänger von Santos könnten ihn eine Rose mit Dornen nennen. Aber just so hat der Präsident damals den einseitigen Waffenstillstand der FARC genannt.